

Zeitschrift "Deutsche Rentenversicherung"

Ausgabe 3/2008

Zeitschrift "Deutsche Rentenversicherung" Ausgabe 3/2008.....	1
Beitrag 1:.....	1
Aktuelle Finanzsituation der Rentenversicherung.....	1
Beitrag 2:.....	1
Zukünftige Herausforderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	1
Beitrag 3:.....	2
Der Reformvertrag von Lissabon	2
Beitrag 4:.....	2
Hintergründe und Fakten zum Thema Altersarmut.....	2
Beitrag 5:.....	2
Psychosozialen Belastungen und Einschränkungen der Leistungsfähigkeit	2
Beitrag 6:.....	4
Altersvorsorge macht Schule	4
Beitrag 7:.....	4
Höchststrichterliche Rechtsprechung	4
Beitrag 8:.....	4
Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen	4

Beitrag 1:

Aktuelle Finanzsituation der Rentenversicherung

von: Alexander Gunkel, Berlin

Inhalt: Schriftliche Fassung des Vortrages von Herrn Alexander Gunkel, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Rentenversicherung Bund, anlässlich der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund am 25. Juni 2008 in Münster.

Beitrag 2:

Zukünftige Herausforderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung

von: Dr. Herbert Rische

Inhalt: Schriftliche Fassung des Vortrages von Herrn Dr. Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, anlässlich der Vertreterversammlung der Deutschen Rentenversicherung Bund am 25. Juni 2008 in Münster.

Beitrag 3:

Der Reformvertrag von Lissabon

von: Christoph Schnell / Jörn Wesenberg, LL.M. (Nottingham), Berlin

Inhalt: Am 13.12.2007 haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) den Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Mit diesem Reformvertrag verfolgt die Union das Ziel, den gescheiterten mehrjährigen Prozess der Verabschiedung eines Verfassungsvertrages für Europa (VVE) abzuschließen und – angesichts der jüngsten umfangreichen Erweiterungsrounds – ihre Handlungsfähigkeit nach innen und außen zu stärken. Neben vielfältigen institutionellen Änderungen übernimmt der Vertrag auch wesentliche inhaltliche Neuerungen aus dem früheren VVE von grundlegender sozialpolitischer Relevanz. Die Änderungen sollen dargestellt und hinsichtlich ihres Gehaltes und ihrer Bedeutung für die deutsche gesetzliche Sozialversicherung kritisch erläutert werden.

Beitrag 4:

Hintergründe und Fakten zum Thema Altersarmut

von: Ulrich Bieber, Rheinbach / Dr. Michael Stegmann, Würzburg

Inhalt: Zwar ist die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema Altersarmut berechtigt und wird zeitweise von großem Interesse der Medien begleitet. Die Diskussion ist zuweilen allerdings auch emotional stark aufgeladen, was eine sachliche Auseinandersetzung oftmals erschwert. Der Beitrag möchte zur Versachlichung der Diskussion beitragen. Er beschäftigt sich mit den Fragen „Was ist Altersarmut?“ und „Welche Bedeutung hat sie heute?“.

Der Begriff Armut entzieht sich wegen seiner Vielschichtigkeit einer allgemeingültigen Definition. In der öffentlichen Diskussion wird Armut in Deutschland oft nur verkürzt anhand der beiden Konzepte zur relativen Einkommensarmut oder zum sozio-kulturellen Existenzminimum diskutiert. Die Hintergründe der beiden „Messkonzepte“ werden in diesem Aufsatz referiert sowie die aktuell dazu verfügbaren Daten vorgestellt. Zum Konzept der relativen Einkommensarmut werden die gebräuchlichen statistischen Methoden erläutert, zum sozio-kulturellen Existenzminimum auch die wichtigsten gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen.

Die Autoren gelangen auf Basis der empirischen Befunde zu dem Schluss, dass Armut im Alter heutzutage für die große Mehrheit der Senioren kein drängendes Problem darstellt.

Beitrag 5:

Psychosozialen Belastungen und Einschränkungen der Leistungsfähigkeit

von: Matthias Bethge / Professor Dr. Werner Müller-Fahrnow / Professor Dr. Friedrich Michael Radoschewski, Berlin

Inhalt: Wiederherstellung, Verbesserung und Erhalt der Erwerbsfähigkeit kommen im System der sozialen Sicherung, insbesondere im Verantwortungsbereich der Deutschen Rentenversicherung, herausragende Bedeutung zu. Die empirische Datenbasis und die Erkenntnisse über die Zusammenhänge von beruflichen Beanspruchungen, Erwerbsfähigkeit und damit einhergehendem Präventions- und Rehabilitationsverhalten sind allerdings nach wie vor gering. Mit der im Rahmen des Förderschwerpunktes Rehabilitationswissenschaften durch die Deutsche Rentenversicherung Bund geförderten Pilotphase des Sozialmedizinischen Panels für Erwerbspersonen (SPE) ist deshalb der Aufbau einer empirischen Datenbasis beabsichtigt, die Längsschnittanalysen zu gesundheits- und erwerbsbezogenen Verläufen auf Ebene der Versicherten der Gesetzlichen Rentenversicherung ermöglicht. In der sozialepidemiologischen Forschung hat dabei in den vergangenen Jahren insbesondere die Frage nach den gesundheitlichen Risiken psychosozialer Belastungen an Aufmerksamkeit gewonnen. Die Kenntnis zu den Auswirkungen psychosozialer Belastungen auf die berufliche Teilhabe gesundheitlich beeinträchtigter Personen ist jedoch nach wie vor begrenzt. Ziel des Beitrags ist deshalb die Überprüfung des Zusammenhangs von psychosozialen Belastungen und Einschränkungen der Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben für eine Stichprobe gesetzlich Versicherter.

Die Datenbasis für die Untersuchung bilden Erhebungsdaten der Ersterhebung des SPE. Einschränkungen der Leistungsfähigkeit wurden mit dem Work-Ability-Index operationalisiert, psychosoziale Belastungen über das Anforderungs-Kontroll-Modell von Karasek und das Modell beruflicher Gratifikationskrisen von Siegrist. Die Bruttostichprobe umfasste 6059 Personen. Der Rücklauf betrug 32,7 % (n = 2092). Für die hier untersuchte Fragestellung wurden erwerbstätige Personen mit gültigen Werten für den Work-Ability-Index berücksichtigt (n = 1635). Um den Zusammenhang zwischen beiden Modellen und Einschränkung der Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben zu analysieren, wurden multivariate logistische Regressionen gerechnet.

Knapp ein Drittel (31,4 %) der befragten erwerbstätigen Personen berichtet Einschränkungen der Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben, die auf einen Bedarf an betrieblicher Gesundheitsförderung oder Rehabilitation hinweisen. Diese Einschränkungen stehen in engem Zusammenhang mit psychosozialen Belastungen. Berufliche Gratifikationskrisen (OR = 2,69; 95 % KI: 1,84 bis 3,94) und eine hohe Beanspruchung im Sinne des Anforderungs-Kontroll-Modells (OR = 5,25; 95 % KI: 3,24 bis 8,49) erweisen sich als Faktoren, die unabhängig voneinander einen Erklärungswert für Einschränkungen der Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben besitzen.

Mit den Daten des SPE können berufsgruppenübergreifend Risiken eingeschränkter Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben identifiziert werden. Die vorliegende Untersuchung konnte dabei einen Zusammenhang von psychosozialen Belastungen und eingeschränkter Leistungsfähigkeit im Erwerbsleben für eine repräsentative Stichprobe von Versicherten der beteiligten Versicherungsträger belegen. Die Daten der Ersterhebung lassen jedoch wegen des Querschnittsdesigns noch keine kausalen Aussagen über einen Ursache-Wirkungs-Mechanismus zu. Das Studiendesign sieht deshalb eine erneute Befragung 2008 vor.

Beitrag 6:

Altersvorsorge macht Schule

von: Diana Frommert, Berlin

Inhalt: Um den Erfolg der breit angelegten Bildungskampagne „Altersvorsorge macht Schule“ besser einschätzen zu können, wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kurse zu ihrer Meinung und ihren Erfahrungen befragt. Insgesamt lässt sich aufgrund der Befragungen ein positives Fazit der Kampagne ziehen. Im Wesentlichen wurde die anvisierte Zielgruppe erreicht. Ebenfalls lässt sich festhalten, dass immerhin fast ein Fünftel der Teilnehmer drei Monate nach dem Kurs eine (weitere) zusätzliche Altersvorsorge abgeschlossen hatte.

Die Ergebnisse der Befragung geben auch Aufschluss darüber, an welchen Stellen die Bildungskampagne noch weiterentwickelt werden könnte. So wäre zu überlegen, wie mit einer Erweiterung des Angebots auch Personen angesprochen werden können, die mit dem bisherigen Format nicht erreicht werden konnten. Dabei wäre insbesondere an Personengruppen mit geringer Bildung und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu denken.

Beitrag 7:

Höchstrichterliche Rechtsprechung

von: Dr. Dana Matlok / Manuela Vogel, Berlin

Inhalt: Anwendbares Recht für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit – Besprechung des Urteils des 13. Senats des Bundessozialgerichts (BSG) vom 29. November 2007 – B 13 R 18/07 R – Fortführung zu B 13 RJ 10/04 R

Mit Urteil vom 8. September 2005 entschied der 13. Senat des BSG, dass sich der Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach dem bis zum 31. Dezember 2000 geltenden Recht richtet, wenn die Leistungsminderung vor dem Inkrafttreten des EM-ReformG bestand und sich aufgrund von § Paragraph 101 Abs. 1 SGB VI - Gesetzliche Rentenversicherung ein (Zeit-)Rentenbeginn erst ab dem 1. Januar 2001 ergibt. Mit Urteil vom 29. November 2007, Az. B 13 R 18/07 R, führt der 13. Senat diese Rechtsprechung fort und konkretisiert seine Entscheidung vom 8. September 2005, Az.: B 13 RJ 10/04 R, dahingehend, dass Voraussetzung für eine Berufsunfähigkeitsrente nach dem bis 31. Dezember 2000 geltenden Recht ein Rentenanspruch bis zum 31. März 2001 ist. Das Urteil hat über den Einzelfall hinausgehende Bedeutung, und zwar nicht nur für Renten wegen Erwerbsminderung, sondern für alle Rechtsanwendungen, die auf einer Änderung des SGB VI beruhen.

Beitrag 8:

Lebensstandardsicherung aus mehreren Säulen

von: Dr. Dana Matlok, Berlin

Inhalt: Bericht von der Tagung der EUROFORUM Deutschland GmbH zur
Berufsunfähigkeitsversicherung vom 19. bis 20. Februar 2008 in München